

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 132. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. September 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Johannes Callsen (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Vorsitzender

i. V. v. Tobias Koch

i. V. v. Rasmus Andresen

i. V. v. Eka von Kalben

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Geschäftsbericht 2015 der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH)	4
Umdruck 18/6498	
2. Infrastrukturbericht fortschreiben	5
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4427	
3. Bericht der Landesregierung zur Inanspruchnahme und Vergabe externer Beratungsleistungen unter besonderer Berücksichtigung von Drucksache 18/4545	6
Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg (FDP)	
4. Information/Kenntnisnahme	10
5. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Geschäftsbericht 2015 der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH)

[Umdruck 18/6498](#)

Herr Eisoldt, neuer Geschäftsführer der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR, stellt die Tätigkeiten der GMSH vor (siehe Anlage).

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet er, die mit der Flüchtlingsunterbringung verbundenen Aufgaben würden in allen Geschäftsbereichen in einem bestimmten Umfang weiter sichtbar sein, wenn auch nicht auf dem hohen Niveau des Jahres 2015. Auch die Leerstandsbewirtschaftung verursache Energie- und Reinigungskosten. Man werde bei Kommunen und öffentlichen Einrichtungen weiter dafür werben, die exzellente Beschaffungsplattform und das Know-how der GMSH zu nutzen. Zur Organisation der ärztlichen Versorgung für Flüchtlinge werde er einen schriftlichen Bericht nachreichen.

Der Finanzausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2015 der GMSH, [Umdruck 18/6498](#), zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Infrastrukturbericht fortschreiben

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/4427](#)

(überwiesen am 22. Juli 2016)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 18/4427](#) anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zur Inanspruchnahme und Vergabe externer Beratungsleistungen unter besonderer Berücksichtigung von [Drucksache 18/4545](#)

Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg (FDP)

Abg. Dr. Garg kritisiert, dass die Landesregierung für Personalauswahlverfahren 13 externe Beratungsleistungen für insgesamt knapp 250.000 € eingekauft habe. Ihn überzeuge die Begründung des Innenministeriums für die Vergabe nicht, dass die gewöhnliche Menschenkenntnis zur verlässlichen Identifikation von Sozialverhalten, Teamfähigkeit und Motivation von Bewerbern nicht ausreiche. Die Personalauswahl sei ureigene Aufgabe der Personalreferate in den Allgemeinen Abteilungen beziehungsweise des neuen Dienstleistungszentrums Personal.

Herr Dr. Nimmermann, Staatssekretär im Finanzministerium, erwidert, man nehme externe Dienstleistungen im Rahmen von Assessmentcentern, zum Beispiel bei Verbeamtungen, in Anspruch oder bei der Besetzung von Geschäftsführerstellen in Anstalten öffentlichen Rechts. Psychologische Expertise könne für die Entscheidungsfindung hilfreich sein, die Hinzuziehung einer Personalberatungsfirma bei der Personalauswahl sei marktabhängig. Die Verwaltung brauche vor allem Prozessberatung von außen, Unterstützung beim Veränderungsmanagement (Rahmenvertrag mit der KPMG) und fachliche Expertise bei neuen Aufgaben, zum Beispiel IT.

Herr Sulimma, stellvertretender Leiter der Allgemeinen Abteilung im Innenministerium, stellt klar, dass sich das Innenministerium seit vier Jahrzehnten bei der Beurteilung von Sozialverhalten, Teamfähigkeit und Motivation der Bewerber durch Psychologen unterstützen lasse, um eine möglichst verlässliche Prognose der psychischen Eignung der Bewerber zu erlangen.

Abg. Harms möchte wissen, inwieweit vorherige Landesregierungen externe Beratungsleistungen in Anspruch genommen hätten.

Staatssekretär Dr. Nimmermann verweist auf die in den Einzelplänen enthaltenen Haushaltstitel für Beratungsdienstleistungen. Der mit der KPMG abgeschlossene Rahmenvertrag biete Sicherheit und sei wirtschaftlich vorteilhafter als der Abschluss einzelner Beratungsverträge.

Abg. Dr. Garg fragt, welche Konsequenzen die Landesregierung aus den Ergebnissen der millionenteuren externen Beratung noch vor der Landtagswahl ziehe. Allein für die Ablauf- und Aufbauorganisation des DLZP mit 151 Beschäftigten habe die Landesregierung 760.000 € für Beratungsleistungen ausgegeben. Er vermisst in der Antwort auf seine Kleine Anfrage, [Drucksache 18/4545](#), die Kosten der Organisationsuntersuchung des Sozialministeriums durch die KPMG.

Ein Vertreter des Sozialministeriums teilt mit, das Projekt Organisationsuntersuchung des Sozialministeriums werde in der Kleinen Anfrage nicht aufgeführt, weil es vor dem 1. Januar 2015 begonnen worden sei.

Staatssekretär Dr. Nimmermann sagt zu, die Kosten der Organisationsuntersuchung des Sozialministeriums nachzuliefern. Die KPMG-Untersuchung zur Steuerverwaltung (Arbeitnehmer- und gewerbliche Veranlagung) solle bis Ende 2016 abgeschlossen und die Steuerverwaltung nicht zuletzt vor dem Hintergrund des vorgegebenen Personalabbaupfads noch effizienter aufgestellt werden.

Herr Dr. Kunstreich, stellvertretender Leiter des DLZP, äußert, die interne Expertise für Ablauf- und Organisationsuntersuchung sei teilweise vorhanden, aber nicht in der erforderlichen Dichte. Die externe Beratung sei aus seiner Sicht notwendig, sinnvoll und gut angelegtes Geld.

Abg. Dr. Garg hält das für Beratungsleistungen ausgegebene Geld nur dann für gut angelegt, wenn die Landesregierung die Ergebnisse der Beratung noch in dieser Legislaturperiode umsetze und die Umsetzung weitgehend irreversibel sei, zum Beispiel die Landesentwicklungsstrategie, für die die Landesregierung über 438.000 € ausgegeben habe.

Staatssekretär Dr. Nimmermann stellt klar, dass die eingekaufte Organisationsberatung nicht politisch motiviert sei, sondern es im Wesentlichen um die Umsetzung des Stellenabbaupfads gehe, den auch die Nachfolgeregierung erfüllen müsse und der die allgemeine Verwaltung überproportional treffe.

Herr Liebrenz, Leiter der Projektgruppe Landesentwicklungsstrategie in der Staatskanzlei, macht deutlich, dass die Erarbeitung der Landesentwicklungsstrategie ein umfassendes Vorhaben mit umfänglichen Beteiligungsprozessen sei, bei dem Häuser auf externe Unterstützung angewiesen seien. Die Landesregierung wolle Ende November 2016 ein entsprechendes Weißbuch beschließen und in die Anhörung geben, sodass die neue Landesregierung auf Basis der Anhörungsergebnisse 2017 die Gelegenheit habe nachzusteuern.

Abg. Fritzen weist darauf hin, dass der Prozess der Landesentwicklungsstrategie frühzeitig begonnen habe und die Umsetzung des Personalabbaupfads an Grenzen stoße. Es sei sinnvoll, Veränderungsprozesse von außen anzustoßen.

Abg. Dr. Garg kritisiert weiter, dass das Innenministerium Beratungsleistungen von über 474.000 € für ein Mietmodell für Erstaufnahmeeinrichtungen eingekauft habe, das nicht umgesetzt worden sei. Das Innenministerium habe das in der öffentlichen Berichterstattung unter anderem damit begründet, dass sich die Struktur des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge geändert habe. Außerdem fehlten in der Antwort auf die Kleine Anfrage sämtliche Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank.

Staatssekretär Dr. Nimmermann macht darauf aufmerksam, dass seit 2015 nicht die Landesregierung, sondern die finfo und jetzt auch die portfoliomanagement AöR beziehungsweise die HSH Beteiligungs Management GmbH Beratungsleistungen extern vergeben habe. Er sagt zu, den Beteiligungsausschuss über die gesamten Kosten der externen Beratung in Sachen HSH zu unterrichten.

Herr Dr. Vollmeyer, Koordinierungsreferent Flüchtlinge im Innenministerium, begründet den Abbruch der angedachten Kombination von Flüchtlingsunterbringung und studentischem Wohnen: In Flensburg hätten die Bieter ihr Interesse zurückgezogen, in Kiel sei kein zuschlagsfähiges Angebot eingegangen. Daraufhin habe das Innenministerium vor dem Hintergrund der aktuellen flüchtlingspolitischen Lage entschieden, aus dem auf Nachhaltigkeit und Integration angelegten Mietmodell auszusteigen.

Abg. Schmidt bittet darum, das Thema Personalentwicklung in einer der nächsten Sitzungen mit dem Chef der Staatskanzlei zu vertiefen. Statt externe Beratungsleistungen einzukaufen, solle in erster Linie der Sachverstand des neuen DLZP bei der Personalauswahl herangezogen werden. Er könne sich vorstellen, dass das DLZP beispielsweise einen eigenen Psychologen beschäftige, der die Ministerien bei der Personalauswahl berate.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, kündigt an, dass der Rechnungshof der Landesregierung schriftliche Fragen zum Thema Vergabe externer Beratungsleistungen stellen werde. Zu einer unabhängigen und neutralen Beurteilung von Bewerbern sei das Land selbst in der Lage. Die Ausgaben für die gescheiterte eBeihilfe in Höhe von 362.000 € seien ärgerlich. Der Beteiligungsausschuss sollte sich mit der Begleitung des ÖPP-Verfahrens UKSH befassen.

Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Abteilung Haushalt und Beteiligungen im Finanzministerium, äußert, die schlank aufgestellte Projektgruppe Sanierung UKSH benötige juristischen und technischen Sachverstand.

Der Finanzausschuss beschließt, nach Beantwortung der Fragen von Fraktionen und Rechnungshof durch die Landesregierung die Themen Vergabe externer Beratungsdienstleistungen und Personalentwicklung mit dem Chef der Staatskanzlei zu erörtern.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 18/6388](#) - Rücklagen Hochschulen

[Umdruck 18/6389](#) - Umsetzung Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

[Umdruck 18/6390](#) - hsh portfoliomanagement AöR

[Umdruck 18/6403](#) - Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen

[Umdruck 18/6406](#) - Rechtmäßigkeit von Beihilfebescheiden

[Umdruck 18/6429](#) - Abkommen Datenbank Saatgut

[Umdruck 18/6430](#) - elektronisches Aktensystem Justiz

[Umdrucke 18/6431](#) und [18/6432](#) - Zentrales IT-Management

[Umdruck 18/6433](#) - Personal- und Organisationskonzept der SH Landesforsten

[Umdruck 18/6495](#) - Verwendungsnachweisprüfung durch das Sozialministerium

[Umdruck 18/6496](#) - Kostenvereinbarung Fachgerichtsbarkeiten

[Umdruck 18/6497](#) - Chefarztverträge UKSH

[Umdruck 18/6499](#) - Schleswig-Holsteinische Landesforsten

[Umdruck 18/6507](#) - Winterdienst

[Umdruck 18/6508](#) - Vergütung von Sachverständigen, Dolmetschern, Übersetzern

Zu [Umdruck 18/6389](#) - **Umsetzung Kommunalinvestitionsförderungsgesetz** - bittet der Finanzausschuss die Landesregierung, über den Stand der eingegangenen und bewilligten Förderanträge zum 30. September 2016 zu berichten.

Bei [Umdruck 18/6403](#) - **Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen** - erwartet Abg. Dr. Garg, dass im Zuge der Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen auch ein Teil der im Ministerium zusätzlich geschaffenen Stellen abgebaut werde.

Staatssekretär Dr. Nimmermann kündigt Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf im Wege der Nachschiebeliste an.

Abg. Neve bittet die Landesregierung, die finanziellen Auswirkungen der Rückabwicklung der nicht mehr benötigten Standorte darzulegen.

Bei [Umdruck 18/6431](#) - **Zentrales IT-Management** - mahnt Herr Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, die Vorlage konkreter Ergebnisse an.

Herr Thomsen, Chief Information Officer der Landesregierung, wird dem Ausschuss mitteilen, wann die Landesregierung den IT-Gesamtplan vorlegen werde. Die konzeptionellen Arbeiten mit Dataport sollten bis zum Jahresende 2016 abgeschlossen werden; die Verzögerung sei auf mehrfache Reorganisationen beim IT-Gesamtplan beziehungsweise Einzelplan 14 zurückzuführen.

Zu [Umdruck 18/6495](#) - **Verwendungsnachweisprüfung durch das Sozialministerium** - fragt Abg. Neve das Sozialministerium, wann mit einer Entscheidung in Sachen Zuwendung an die „Brücke Schleswig-Holstein gGmbH“ zu rechnen sei.

Zu [Umdruck 18/6496](#) - **Kostenvereinbarung Fachgerichtsbarkeiten** - fragt Abg. Neve das Justizministerium, mit welchen Kostenentlastungen aufgrund der Vereinbarung zu rechnen sei.

Über die Entwicklung der **Chefarztverträge** und der Verträge mit außertariflichen Angestellten des UKSH will der Finanzausschuss in einer vertraulichen Sitzung mit dem Vorstand des **UKSH** und Wissenschaftsstaatssekretär Fischer am 24. November 2016 beraten ([Umdruck 18/6497](#)).

Bei [Umdruck 18/6507](#) - **Winterdienst** - kritisiert Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer die Vergabe eines Gutachtens, stellt abermals klar, dass es dem Rechnungshof darum gehe, die Gründe dafür zu erfahren, warum die Straßenmeistereien unterschiedliche Kosten hätten und externe Unternehmen im Schnitt günstiger seien, und kündigt schriftliche Fragen an.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Am 15. September 2016 tagt um 10 Uhr der Finanzausschuss und anschließend die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer